

# SOZIAL- UND GESUNDHEITSAUSSCHUSS

Auszug  
aus der Niederschrift  
der Sitzung vom 05.02.2014

Zu Punkt 7  
(öffentlich)

Haushaltsplan 2014 für das Amt für soziale Leistungen  
- S o z i a l a m t -  
Berichterstattung: Frau Schulz, Amt für soziale Leistungen  
-Sozialamt-

Beratungsgrundlage:  
Drucksache: 6671/2009-2014

Herr Weber verweist auf die in der letzten Sitzung geführte Diskussion über die vorliegenden Haushaltsanträge und unterbreitet den nachfolgend aufgeführten Antrag der CDU-Fraktion.

CDU-Antrag:  
*Der SGA beauftragt die Verwaltung, die Anträge (Hörgeschädigtenzentrum (HGZ), Seniorenrat und DRK) in Höhe von 18.300 Euro (also anteilig: zu 50 % der beantragten Summen) aus dem Gesamtdezernatshaushalt (Dezernat 5) zu decken.*

Er begründet den Antrag dahingehend, dass im JHA auch Haushaltsanträge beschlossen worden seien, obwohl ein Deckungsvorschlag noch nicht unterbreitet werden konnte. Die Verwaltung sei dahingehend beauftragt worden, eine finanzielle Deckungsmöglichkeit innerhalb des Sozialdezernates bis zu den Haushaltsberatungen im Finanz- und Personalausschuss (FiPA) zu ermitteln.

Frau Schneider teilt mit, dass die SPD-Fraktion dem Antrag der CDU-Fraktion nicht ohne weiteres zustimmen könne. Die Notwendigkeit der Aufgaben werde gesehen, aber eine Finanzierbarkeit sehe sie derzeit nicht. Sie schlägt vor, lediglich den Antrag des HGZ auf Erhöhung des städtischen Zuschusses in den FiPA weiter zu geben und dort eine gesamtstädtische Finanzierbarkeit prüfen zu lassen.

Frau Rathsmann-Kronshage bewertet den Antrag der CDU-Fraktion als zu einfach. Vor der Beschlussfassung solle eine Finanzierbarkeit geprüft werden. Die Anträge müssten differenziert betrachtet werden. Die finanzielle Situation des HGZ sei seit längerer Zeit bekannt. Die städt. Finanzsituation dürfe aber nicht ausgeblendet werden. Es müsse nicht nur nach kurzfristigen sondern auch nach langfristigen Lösungen gesucht werden, die auch im SGA thematisiert werden müssten. Auf der Grundlage dieser Überlegungen bringe die Ampelkoalition (SPD-, Bündnis 90/Die Grünen- und FDP-Fraktion) folgenden Antrag ein:

Antrag der Ampelkoalition:  
*Der SGA beauftragt die Verwaltung, einen Finanzierungsvorschlag zu*

*unterbreiten, der den Erhalt des Hörgeschädigtenzentrums (HGZ) für 2014 sichert. Dieser Vorschlag soll im Rahmen der Abschlussberatungen im Finanz- und Personalausschuss vorgelegt werden.*

*Darüber hinaus soll, unter Einbeziehung aller Akteure, auch eine langfristige Lösung für den Erhalt des HGZ erarbeitet werden.*

Herr Weber versichert, dass die CDU-Fraktion diesen Antrag nach eingehenden Gesprächen mit den Beteiligten formuliert habe. Man wolle die Fortführung des HGZ sichern; die angespannte Haushaltslage aber ebenfalls im Blick behalten. Die CDU-Fraktion wäre auch mit einer Deckungsmöglichkeit aus dem städt. Gesamthaushalt einverstanden.

Herr Dr. Schmitz weist nochmal darauf hin, dass die Fraktion Die Linke die Anträge der freien Träger eingebracht habe. Er fordert zur vollen Übernahme der mit den Anträgen verbundenen Kosten auf. Über das Budget der Gebärdendolmetscherkosten soll, bis zur Beschlussfassung des Haushaltes 2014 im Rat, ein abstimmungsfähiger Vorschlag vorgelegt werden. In diesem Zusammenhang kritisiert er nochmals den 2013 vom Rat beschlossenen finanziellen Rahmen der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen.

Beigeordneter Herr Kähler regt an, über die eingegangenen Anträge einzeln abzustimmen.

Beigeordneter Herr Kähler bewertet die Forderung des HGZ als begründet und schlägt als mögliche Lösung für 2014 einen einmaligen Zuschuss in Höhe von 11.590 € vor, mit der Maßgabe in diesem Jahr eine langfristige Lösung des finanziellen Problems, unter Einbeziehung aller Beteiligten, zu erarbeiten.

Zum CDU-Antrag führt er aus, dass die Bewilligung von 50% der nicht gedeckten Kosten das Überleben des HGZ nicht sichere. Es würde der gesamte Fehlbetrag benötigt.

Frau Geilhaar bewertet die Situation des HGZ als unerträglich und begrüßt den Vorschlag des Beigeordneten Herrn Kähler.

Für Frau Rathsmann-Kronshage zeichnet sich bei Anträgen seriöse Politik dadurch aus, dass finanzielle Deckungsvorschläge unterbreitet würden.

Herr Buschmann bestätigt auch das Ansinnen der FDP-Fraktion, den Fortbestand des HGZ zu sichern. Eine Gewährung von 50% würde aber wieder neue Probleme nach sich ziehen. Den Vorschlag des Beigeordneten Herrn Kähler begrüßt er.

Nach den Ausführungen von Beigeordnetem Herrn Kähler schließt sich die CDU-Fraktion im Hinblick auf den Antrag des HGZ dem Antrag der Ampelkoalition an.

### **Anträge freier Träger:**

- 1. Antrag des Fördervereins HGZ zwecks Erhöhung des jährlichen Zuschusses**

### **Beschluss:**

**Der SGA beauftragt die Verwaltung, einen Finanzierungsvorschlag zu unterbreiten, der den Erhalt des Hörgeschädigtenzentrums (HGZ) für 2014 sichert. Dieser Vorschlag soll im Rahmen der Abschlussberatungen im Finanz- und Personalausschuss vorgelegt werden. Darüber hinaus soll, unter Einbeziehung aller Akteure auch eine langfristige Lösung für den Erhalt des HGZ erarbeitet werden.**

- einstimmig beschlossen -

**2. Antrag des Stadtverbandes der Hörgeschädigten Bielefeld e. V. und des Fördervereins Kulturzentrum für Hörgeschädigte Bielefeld e. V. auf Errichtung eines städtischen Kostenbudgets für Gebärdensprach-, Schriftdolmetscher und Taubblindenassistenten**

Frau Schulz weist darauf hin, dass es keine generelle Kostenträgerschaft der Kommune gebe. Sie informiert darüber, dass bereits bei der Stadtverwaltung und den freien Trägern die Ausbildung von Gebärdendolmetschern intensiviert werde und bereits jetzt anfallende Dolmetscherkosten von der Stadt Bielefeld getragen würden.

Aufgrund dieser Ausführungen zieht Herr Dr. Schmitz den Antrag zurück.

**3. Antrag des Deutschen Roten Kreuzes auf finanzielle Unterstützung bei der Flüchtlingsarbeit**

Frau Rathsmann-Kronshage bekräftigt die Anerkennung der Arbeit des DRK, weist aber darauf hin, dass die Betreuung von Flüchtlingen vom Land finanziert werde und dieser Antrag eine freiwillige Leistung der Kommune darstelle. Aufgrund der derzeitigen Haushaltslage könne die Ampelkoalition keine Zustimmung geben.

Abstimmung über den Antrag der CDU auf 50%-Kostenübernahme:

- bei einer Enthaltung mehrheitlich abgelehnt -

**Abstimmung über den Antrag des DRK:**

- bei fünf Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt -

*Zunächst erfolgt die Diskussion und Abstimmung über den Antrag des Seniorenrates. Siehe Protokollierung unter TOP 8.*

-.-.-

Nach den Einzelbeschlüssen fordert Vorsitzende Frau Schrader die Anwesenden auf, über die Beschlussvorlage 6671/2009-2014 abzustimmen.

**Beschluss über die Drucks.-Nr. 6671/2009-2014:**

**Der SGA empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld den Haushaltsplan 2014 mit den Plandaten für die Jahre 2015 bis 2017 wie folgt zu beschließen:**

**1. Den Zielen und Kennzahlen**

der Produktgruppen 11.01.66, 11.05.01, 11.05.02 und 11.05.03 wird zugestimmt.

**2. Den Teilergebnisplänen der**

Produktgruppe	Bezeichnung	Ordentliche Erträge	Ordentliche Aufwendungen	Ergebnis
11.01.66	SGA, Seniorenrat, Beiräte	97 €	134.024 €	133.927 €
11.05.01	Grundsicherung für Arbeit	37.321.487 €	104.229.806 €	66.908.319 €
11.05.02	Sicherung des Lebensunterhalts	32.501.886 €	48.475.976 €	15.974.090 €
11.05.03	Besondere soziale Leistungen	7.684.855 €	55.832.500 €	48.147.645 €
<b>Summen</b>		<b>77.508.325 €</b>	<b>208.672.306 €</b>	<b>131.163.981 €</b>

wird zugestimmt, soweit im Einzelfall keine abweichenden Einzelbeschlüsse gefasst werden.

**3. Den Teilfinanzplänen A der**

Produktgruppe 11.05.01

investive Einzahlungen = 12.000 €, investive Auszahlungen = 52.200 €

Produktgruppe 11.05.03

investive Einzahlungen = 0 €, investive Auszahlungen = 12.000 €

wird zugestimmt.

**4. Den speziellen Bewirtschaftungsregeln der Produktgruppen 11.05.01, 11.05.02 und 11.05.03 für den Haushaltsplan 2014 wird zugestimmt.**

5. Dem **Stellenplan 2014** für das Amt für soziale Leistungen – Sozialamt  
– wird zugestimmt.

- mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-